

Kinder bringen Freude und Verantwortung – und oft auch organisatorische Schwierigkeiten und finanzielle Probleme, wenn ein Betreuungsplatz gesucht wird: Es gibt im Land noch zu wenige davon. Das soll sich bessern.

Foto: Schälte

Ausbau contra Betreuungsgeld

Koalition will gezielt das Platzangebot ausbauen

Wie sollen Kinder betreut werden, welche Familienpolitik wollen wir und welche Art von Förderung ist ökonomisch sinnvoll, damit – vielleicht – mehr Kinder geboren werden? Brauchen wir mehr Plätze für unter Dreijährige, eine Betreuungsplatzgarantie oder sogar ein Betreuungsgeld für Eltern, die zu Hause bleiben? Diese Fragen wurden im Plenum heftig diskutiert. Die Debatte entzündete sich am Antrag der SPD (Drs. 14/4377) zu einer Aktuellen Stunde unter dem Titel: „Ausbau der Kinderbetreuung sichern – Rechtsanspruch jetzt verbindlich einführen“.

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, fand es wichtig, die Infrastruktur auszubauen. Sie setzte hinzu: „Wenn die nötigen Plätze geschaffen sind, dann müssen Schritt für Schritt die Elternbeiträge abgeschafft werden. Auch sie verhindern echte Wahlfreiheit: Wenn das Einkommen der Frauen fast vollständig von Abgaben und Betreuungskosten für ihre Kinder aufgezehrt wird, dann steuern wir falsch. Wir wollen Beitragsfreiheit!“ Den Forderungen der CSU nach einem Betreuungsgeld für nicht berufstätige Eltern erteilte Kraft eine Abfuhr. Das Betreuungsgeld käme sowieso nicht bei den Kindern an, die hätten nichts davon. Darüber hinaus sei der Anreiz auch frauenpolitisch verfehlt: „Wir wissen alle: Je länger eine Frau aus ihrem Beruf aussteigt, desto schlechter sind ihre beruflichen Chancen im Anschluss. Staatliche Anreize für eine möglichst lange Unter-

brechung sind kontraproduktiv.“ Schließlich sei ein Betreuungsgeld auch sozial ungerecht: Die Millionärsgattin würde in gleicher Höhe Geld erhalten wie die Kassiererin von Aldi. Ein Betreuungsgeld werde es deshalb mit der SPD nicht geben.

Thomas Jarzombek (CDU) erinnerte die Opposition daran, sie habe 39 Jahre Zeit gehabt, die Kinderbetreuung in NRW zu optimieren, es aber nicht getan: „Die Betreuungsquote lag bei Ihnen zuletzt mit 2,8 Prozent am bundesdeutschen Ende. Damit haben Sie die Mütter im Stich gelassen. Bildung gab es bei Ihnen nicht in den Kindertagesstätten, bestenfalls als Zufallsprodukt – PISA dokumentiert das eindeutig. Damit haben Sie die Kinder im Stich gelassen.“ Es gehe nicht nur um Kinderbetreuung, sondern auch um Bildung.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, meinte, der Rechtsanspruch ab 2013 auf Bundesebene sei kein Durchbruch: „Das ist erst in sechs Jahren. Das sind Trippelschritte statt der erforderlichen Siebenmeilenstiefel.“ Dabei begünstige unser jetziges Steuersystem, insbesondere das Ehegattensplitting, das Modell „Mann verdient viel, Frau wenig bis gar nichts, bleibt daher besser zu Hause.“ Das sei ein Argument gegen das Betreuungsgeld. Als weiteren Grund nannte sie Bildung: „Uns kommt es bei der Schaffung von Krippenplätzen nicht nur darauf an, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, sondern uns kommt es auch und besonders darauf an, Kindern früh die bestmögliche Bildung, Betreuung und Erziehung zu bieten – und zwar insbesondere den Kindern, die dies nicht in ihren Elternhäusern erfahren.“

Christian Lindner (FDP) erklärte, bis 2010 würden die Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen deutlich erhöht. „Bis 2010 werden 90.000 Betreuungsplätze mehr geschaffen worden sein. Gleichwohl werden wir beratschlagen, ob eine Platzgarantie nicht möglich werden kann. Wenn der Bund sich engagiert, ist die Platzgarantie für jeden Zweijährigen möglich!“ Zum Betreuungsgeld sagte Lindner, das sei überflüssig wie ein Kropf. Die Einverdienerehe werde jetzt schon so stark subventioniert wie kein anderes Modell. In Richtung SPD kritisierte er, diese Partei wolle die Kita-Plätze durch eine Reduzierung des Kindergeldes finanzieren. „Sie wollten den Eltern in die linke Tasche greifen, um ihnen in die rechte Tasche Geld zu geben. Das ist doch nicht familienfreundlich!“

Familienminister Armin Laschet (CDU) kündigte an, NRW werde im nächsten Jahr das Angebot der Kleinkindbetreuung deutlich ausbauen. Zurzeit gebe es 16.000 Plätze für unter dreijährige Kinder, im Jahr 2008 werde die Zahl auf 34.000 Plätze erhöht. „Diese 18.000 Plätze mehr helfen Eltern schon im Jahr 2008“, sagte Laschet. Ein Rechtsanspruch ab 2013 sei eine „Veräppelung von Eltern“. Im Jahr 2013 könne man auch darüber nachdenken, wie man Familienarbeit anerkenne. Aber: „Jetzt brauchen wir Betreuungsplätze. Wir brauchen einen schnelleren Ausbau der Plätze für unter Dreijährige, kleinere Gruppen und eine bessere Erzieherinnenausbildung. Erst dann würde ich den Kindergarten kostenlos machen.“ ■